



Besonderes Engagement: Im Vorfeld der Gemeinderatssitzung fand die Blutspenderehrung statt. Mit den Gemeinderäten im Hintergrund stellten sich die Geehrten zum Erinnerungsfoto auf: Heidrun und Joachim Scheffler, Nicole Keppler, Otto Lingk, Alexander Ebert, Jonas Stelz, Erwin Ahr und Bürgermeister Helge Viehweg (erste Reihe von links). Foto: Bernd Helbig

Bürgermeister will die zweite Amtszeit

Helge Viehweg kommuniziert jetzt bereits Kandidatur für die Wahl im April 2021

Von unserem Mitarbeiter
Bernd Helbig

Straubenhardt-Conweiler. Im Vorfeld der Straubenhardter Gemeinderatssitzung am Mittwoch fand die Blutspenderehrung statt. Bürgermeister Helge Viehweg sagte allen Spendern herzlichen Dank. Urkunden und Blutspenderehrennadeln überreichten Alexander Ebert und Jonas Stelz im Namen des Deutschen Roten Kreuzes an Joachim Scheffler und Otto Lingk für 100 Blutspenden, an Heidrun Scheffler für 75, an Erwin Ahr für 50 und an Nicole Keppler für zehn Blutspenden.

Planer Harald Kreutz gab einen Sachstandsbericht zur Erneuerung der Ortsdurchfahrt Langenalb. Die Arbeiten seien gut im Zeitplan. Die ganze Strecke der Landesstraße 565 vom Kreisel bis Ortszugang sei schon abgefräst. Kreisel und erster Bauabschnitt bis zur Quellenstraße würden voraussichtlich noch dieses Jahr fertig gestellt, dann könne der Verkehr wieder direkt über die Gartenstraße nach Langenalb rollen.

Im Zuge der Neukonzeption des Kindergartenwesens wurde auch ein neuer Caterer gesucht. Nach einem ein Pro-

beessen mit drei Anbietern war die „Freshfood Catering OHG“ der Favorit. Bei diesem Caterer, der das Essen ab dem 1. Februar liefern wird, kostet die Mahlzeit 3,75 Euro, etwas mehr als vorher. Daher wird es eine neue Kostenkalkulation geben, die derzeitige monatliche Essenspauschale für die Eltern von 58 Euro soll möglichst nicht erhöht werden.

Kritische Nachfragen zu Windkraft-Anlagen

Die Ausschreibung der Tiefbauarbeiten zur Herstellung eines innerörtlichen Breitbandnetzes läuft, die Vergabe soll noch im November erfolgen, teilte Viehweg mit. In Ottenhausen soll die Vorvermarktung der Anschlüsse durch den Betreiber Vodafone im November beginnen. Hausanschlüsse, die im Zuge dieser Baumaßnahmen bestellt werden, sollen für die Hauseigentümer kostenlos hergestellt werden.

Die Umrüstung der Innenbeleuchtung der Turn- und Festhalle Langenalb auf LED wird für knapp 73.000 Euro an Elektro Weißinger in Bad Herrenalb vergeben. Das Angebot liegt fast 40 Prozent unter dem Haushaltsansatz.

Vor vierzig Jahren, im Juni 1980 hat Hans Vester (SPD) seine Tätigkeit als Gemeinderat aufgenommen. „Ein junges Urgestein sitzt also heute noch als Aktiver in unseren Reihen“, sagte Bürgermeister Viehweg in seiner Laudatio. Vierzig Jahre Ehrenamt sei alles andere als selbstverständlich. Seit 1994 sei Vester auch im Kreistag vertreten. Er sei Stellvertreter des Bürgermeisters und des Landrats gewesen, „bis auf Papst und Bundeskanzler hat er fast jedes Amt begleitet“, stellte Viehweg scherzhaft fest. Vester habe die Gemeinde sehr verlässlich und loyal mit viel Herzblut über die Zeit begleitet. Er freue sich auf weitere Zusammenarbeit.

In eigener Sache gab Viehweg bekannt, dass er für eine zweite Amtsperiode kandidieren wolle. Gemeinsam habe man in der Gemeinde viel erreicht und die Zeiger auf Zukunft gestellt. Diesen Weg wolle er gern mit dem Gremium weiter gehen. Die letzten Jahre hätten ihm viel Freude bereitet. Rückhalt, Loyalität und Vertrauen habe er immer gespürt. Der Wahltermin wird voraussichtlich im April 2021 sein.

Bezüglich des Windparks Straubenhardt gab es in der Bürgerfragestunde

Wortmeldungen. Heinz-Werner Olivier von der Bürgerinitiative Gegenwind warf Viehweg vor, er habe im Juli berichtet, die Anlagen hätten im vergangenen Jahr 67.000 Megawattstunden (MWh) produziert. Laut Meldung von Netztransparenz seien jedoch nur 63.400 MWh eingespeist worden. Olivier wollte wissen, aus welcher Quelle die vom Bürgermeister vermeldeten mutmaßlich überhöhten Einspeisedaten stammen würden. Bürgermeister Viehweg sagte, die Zahlen stammten vom neuen Betreiber der Anlage, den Kraftwerken Mainz Wiesbaden. Er habe dort extra nochmals nachgefragt, 67.000 MWh sei die korrekte Zahl. Klaus Link stieß ins gleiche Horn und wollte gar wissen, was den Bürgermeister eigentlich motiviere, Zahlen für ein Unternehmen öffentlich zu publizieren. Es sei nicht seine Aufgabe, Sprachrohr des Unternehmens zu sein. Ob er da beteiligt sei, wollte Link wissen. Drei der Windenergie-Anlagen stünden auf Straubenhardter Gemarkung, entgegnete Viehweg. Daher sei es sehr wohl seine Aufgabe, die Leistung zu kommunizieren. „Und nein, ich bin nicht am Unternehmen beteiligt“, bekräftigte der Schultes.

Mahle baut rund 200 Stellen ab

Mühlacker (PK/AFP/ron). Mahle konkretisiert seine Sparpläne. Demnach erwägt der Automobilzulieferer an den Standorten in Mühlacker und Vaihingen/Enz eine Reduzierung um circa 210 Stellen, wie ein Sprecher dieser Redaktion sagte. Der überwiegende Teil wird in Mühlacker abgebaut.

Insgesamt erwägt Mahle den Abbau von bis zu 2.000 Stellen in Deutschland und 1.700 im europäischen Ausland. Wie der Konzern am Donnerstag erklärte, will er seine Werke in Gaildorf in Baden-Württemberg sowie im sächsischen Freiberg schließen. In diesem Zusammenhang werde es „an weiteren Standorten in Deutschland und Europa zu Personalanpassungen kommen“. Neben der Stuttgarter Konzernzentrale ist unter anderem der Standort in Mühlacker betroffen, weiter geht es um Neustadt und Rottweil sowie St. Michael in Österreich. Der Konzern gehe nun „zeitnah in die Gespräche mit den jeweils zuständigen Arbeitnehmervertretern vor Ort, um die Einzelheiten der Maßnahmen zu beraten“.

Die Pforzheimer SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast erwartet, dass alles getan wird, um möglichst viele Arbeitsplätze in Mühlacker zu erhalten. In einer ersten Reaktion ließ sie mitteilen: „Ich werde um jeden Arbeitsplatz an der Seite der Beschäftigten kämpfen. Es muss ohne betriebsbedingte Kündigungen gehen.“ Der Betriebsrat habe dazu kluge Vorschläge gemacht.

Für die Standorte in Gaildorf und Freiberg sieht Mahle dagegen gar „keine Perspektive für eine wirtschaftliche und nachhaltige Aufstellung im Wettbewerbsumfeld“ mehr. Das mache die Schließung „unumgänglich“. Weltweit sieht Mahle derzeit infolge des Marktdrucks und der Corona-Krise „globale Überkapazitäten von 7.600 Stellen“, wie der Konzern vergangene Woche mitgeteilt hatte.

Musikverein Eisingen gibt Platzkonzert

Nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie probt der Musikverein Eisingen seit einigen Wochen wieder mit entsprechendem Abstand in der Bohrrainhalle. Jetzt drängt es das Orchester, in diesem Jahr doch mal wieder öffentlich aufzutreten und die Bevölkerung zu unterhalten. Es lädt daher am Sonntag, 27. September, ab 11 Uhr zu einem Platzkonzert auf den Kirchplatz vor der evangelischen Kirche ein. msch

Mit alten Sorten gegen Allergien

Bernhard Fehrentz baut Äpfel an, die man bereits im Mittelalter ab

Von unserem Mitarbeiter
Bernd Schweinberger

Ispringen. Für Bernhard Fehrentz ist jetzt die Zeit gekommen, in der er mehr auf den Feldern unterwegs ist, um auf einer Fläche von rund sieben Hektar Äpfel und Birnen einzubringen. Allerdings sind das nicht irgendwelche Früchte, die der 70-Jährige mit seinen zahlreichen Helfern von den Bäumen pflückt oder vom Boden aufammelt. Es geht dem zertifizierten Bio-Obstbauern vom Biohof Berghütte in Ispringen um den Erhalt alter Sorten, die er zusammen mit anderen Heggern der Streuobstwiesen davor bewahrt, in Vergessenheit zu geraten.

Ein Rundgang über Fehrentz' Wiesen ist wie eine Exkursion in eine Vergangenheit, als Apfel und Co. noch „Mitbewohner“ haben durften und deshalb nicht gleich weggeworfen wurden. „Heutzutage muss das Obst glänzen und darf nicht den kleinsten Fehler haben“, kritisiert er. Er ist im „Pomologen-Zeitalter“ aufgewachsen. Will heißen: vom Urparadies zum Einkaufsparadies – oder anders ausgedrückt von der Selbstversorgung zum Industrieprodukt. Mit der Folge, dass rund sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik an einer Apfelallergie leiden. Eine Beobachtungstudie von Spezialisten der Berliner Charité hat nachgewiesen, dass durch den regelmäßigen Konsum allergenarmer Äpfel – wie es die alten Sorten sind – Allergien, wie zum Beispiel gegen Birkenpollen, um 30 Prozent gesenkt werden können.

Die Ernte in Ispringen ist nach Einschätzung von Fehrentz überdurchschnittlich gut ausgefallen, weil während der Blütezeit ideale Bedingungen herrschten und der Frost zu keinen Schädigungen wie andernorts geführt hätte. „Der Blütezeitpunkt war so früh wie seit 20 Jahren nicht mehr, die Befruchtung durch die Bienen optimal“, sagt der zertifizierte Bio-Obstbauer.

Rund 1.000 verschiedene Apfelsorten wachsen im Enzkreis und die Ernte ist überall in vollem Gange. Darunter trifft man auch auf viele alte Sorten, die selten in den Supermarktregalen zu finden sind. Dazu gehört neben dem Elstar auch der Boskopp, den Fehrentz als „Allroundapfel“ bezeichnet. Als „Porsche unter den Äpfeln“ nennt er den Ber-

lepsch, Cox Orange, den Weißen Winterkalvill oder den Gravensteiner, der seit 1669 in Dänemark bekannt ist. 20 Bäume nachgepflanzt hat Fehrentz von der Apfelsorte Champagner-Renette und Zabergräu-Renette, deren Ursprung bis ins 12. Jahrhundert zurück gehen soll. „Ein richtig schöner Apfel, der selbst im Mai noch genießbar ist“, schwärmt Fehrentz.



Inmitten seiner Schätze: Bio-Obstbauer Bernhard Fehrentz will selten gewordene Apfel- und Birnenarten vor dem Aussterben bewahren. Foto: Bernd Schweinberger

Teurer Nazivergleich

Kelternerin trotz großer Unterstützung verurteilt

Von unserem Redaktionsmitglied
Sebastian Kapp

Pforzheim. Irgendwann wurde es selbst der Angeklagten zu viel. „Kann mal bitte jemand die Tür zumachen? Ich muss mich hier konzentrieren“, sagte die Frau aus Keltern, die am Donnerstag vom Amtsgericht Pforzheim zu einer Geldstrafe von 2.100 Euro (70 Tagessätze à 30 Euro) wegen dreifacher Beleidigung verurteilt worden war. Der Beleidigte selbst, Kelterns Bürgermeister Steffen Bochinger, war nicht zur Sitzung erschienen. Anders als eine Gruppe höchst unterschiedlicher Anhänger der Frau, die unter anderem durch Beiträge im Internet zu einer gewissen Bekanntheit gekommen ist. In

2.100

Euro
muss die Angeklagte wegen dreifacher Beleidigung gegenüber Bürgermeister Bochinger zahlen.

diesem Moment aber, als die Frau – sich selbst vor Gericht vertretend – Anträge formulierte, waren die Diskussionen über Pressefreiheit und vermeintlich korrupte Behörden eher hinderlich.

Dabei ist die eigentliche Prozessgeschichte kurz. Die Kelternerin hatte im Netz von Bochinger verlangt, sich zu „entnazifizieren“. Zudem hatte sie ihm Methoden wie bei der Judenverfolgung in Nazizeitern unterstellt und ein Foto mit einem Judenstern gepostet. Alles drei sah die Staatsanwaltschaft als Beleidigung gegen die Ehre von Bochinger. Und zumindest in einem Fall erklärte die Richterinnen das auch: „Es kann sich nur entnazifizieren, wer auch ein Nationalsozialist ist.“ Somit habe die Frau den Bürgermeister indirekt eben doch einen Nazi genannt, was diese vehement bestritt.

Dem Prozess geht eine umfangreiche Vorgeschichte voraus. Die Frau hatte nach ihrer Scheidung vor 23 Jahren den Kontakt zu ihren Kindern verloren – ihrer Ansicht nach zu unrecht. Nun nutzte sie die Gelegenheit zum Rundumschlag. Es ging um Fälle von Kindesmissbrauch und Kindesentführung sowie ihre Arbeit beim Verein Arche in Keltern. Und um eine schrittweise Eskalation in Weiler. So darf sie nicht mehr im Gemeindeblatt publizieren, nutzte seitdem ihr Auto als Träger ihrer Botschaften, ehe 2017 Unbekannte den Schriftzug „Sind sexsüchtige Erzieherinnen pädophil?“ überklebten. Auch Bochinger hatte hier interveniert. Zuletzt rasselten die beiden wegen des Umgangs mit einem jungen Mann aneinander, der von der Arche betreut wurde und der als rechtsesoterisch geltenden Anastasia-Bewegung nahestand und nach Ansicht der Angeklagten „diffamiert“ worden war.

Immer wieder wurde der Prozess durch Äußerungen oder Störungen vonseiten des Publikums – etwa durch falsches Tragen des Mund-Nasen-Schutzes – unterbrochen. Die Zahl der Zuhörer war groß, manche mussten draußen warten. Einer kam sogar aus Frankreich, andere wiesen sie sich als freie Journalisten aus. So wurde die lokale Presse zunächst aus Platzgründen nicht in den Saal gelassen, konnte erst mit Verspätung teilnehmen. Unklar blieb die politische Zuordnung der Angeklagten. Die war einst bei den Grünen aktiv, dann bei FWG und WiW. Eine Polizeibeamte ordnete sie „noch nicht“ dem Reichsbürger-Spektrum zu. Die Angeklagte sah darin eine Vorverurteilung. Sie sei „nicht politisch“.

Beim Urteil – das der Forderung des Staatsanwaltschafts entspricht – habe sich strafmildernd ausgewirkt, dass sich die bisher nicht Vorbestrafte zur Tat bekannt hatte. Gleichwohl hatte sie darin keine Beleidigung gesehen. Noch im Gerichtssaal kündigte sie Revision an.